

## öffentliche N I E D E R S C H R I F T

### **VERTEILER:**

<b>Körperschaft</b>	<b>: Stadt Norderstedt</b>	
<b>Gremium</b>	<b>: Hauptausschuss, SZ-05PFNLE</b>	
<b>Sitzung am</b>	<b>: 06.09.2004</b>	
<b>Sitzungsort</b>	<b>: Sitzungsraum 2</b>	
<b>Sitzungsbeginn</b>	<b>: 18:15</b>	<b>Sitzungsende : 20:30</b>

### **Öffentliche Sitzung**

**Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

### **Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzende/r : gez.

Schriftführer/in : gez.

## TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 06.09.2004

### Sitzungsteilnehmer

Verwaltung

<b>Drews, Thorsten</b>	<b>18:15 bis 21:00 Amt 14</b>
<b>Bruns, Edgar</b>	<b>18:15 bis 21:00 Amt 14</b>
<b>Bertermann, Marc-Mario</b>	<b>18:15 bis 21:00 EGNo</b>

Teilnehmer

<b>Münster, Helmut</b>	<b>für Herrn Limbacher</b>
<b>Behr, Peter</b>	<b>18:15 bis 21:00 Stadtvertreter</b>

Verwaltung

<b>Langhanki, Kristin</b>	<b>18:15 bis 21:00 Abt. 102 (Protokoll)</b>
<b>Evers, Kai-Jörg</b>	<b>18:15 bis 21:00 Abt. 106</b>

Teilnehmer

<b>Paschen, Charlotte</b>	<b>18:15 bis 21:00 Stadtpräsidentin</b>
<b>Peihs, Heideltraud</b>	<b>für Herrn Hagemann</b>
<b>Algier, Ute</b>	<b>18:15 bis 21:00 Stadtvertreterin</b>

Verwaltung

<b>Reher, Uwe</b>	<b>18:15 bis 21:00 Amt 60</b>
-------------------	-------------------------------

Teilnehmer

<b>Grote, Hans-Joachim</b>	<b>Bürgermeister</b>
<b>Plaschnick, Maren</b>	<b>18:15 bis 21:00 Stadtvertreterin</b>

Verwaltung

<b>Syttkus, Wulf-Dieter</b>	<b>18:15 bis 21:00 Amt 20</b>
<b>Becker, Siegfried</b>	<b>18:15 bis 21:00 Amt 10</b>

Teilnehmer

**Kahlsdorf, Jens**

**18:15 bis 21:00 Stadtvertreter**

**Entschuldigt fehlten**  
sonstige

**Limbacher, Manfred**  
**Hagemann, Holger-W.**

**Sonstige Teilnehmer**

4  
**VERZEICHNIS DER**  
**TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 06.09.2004

**Öffentliche Sitzung**

**TOP 1 :  
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :  
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 :  
Einwohnerfragestunde**

**TOP 4 : B04/0302  
Durchführung einer Landesgartenschau**

**TOP 4.1 M04/0333  
:  
Beantwortung der Anfrage von Frau Hahn am 23.08.2004**

**TOP 5 :  
Besprechungspunkt Gesellschaftsverträge, hier: Aufsichtsräte Nachbenennung /  
Umbesetzung**

**TOP 6 :  
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 6.1 M04/0312  
:  
Jüdische Gemeinde Bad Segeberg e.V.**

**TOP 6.2 M04/0314  
:  
Frauenparkplätze Rathaustiefgarage, hier: Anfrage aus der Sitzung des  
Hauptausschusses am 16.08.2004**

**TOP 6.3  
:  
Bericht des Bürgermeisters - Modellversuch große kreisangehörige Stadt**

**TOP 6.4  
:**

**Bericht der Stadtpräsidentin - Verleihung der Bürgermedaille****Nichtöffentliche Sitzung****TOP 7 :****RPA - Bericht über die Entwicklungsgesellschaft Norderstedt - hier: Fortsetzung der Beratung, Herr B****TOP 8 : B04/0320****Verwaltungsrechtssache Stadt Norderstedt / I., Az. 1 LB 3/04 OVG-SH, hier: Entscheidung über einen g****TOP 9 :****Berichte und Anfragen - nicht öffentlich****TOP 9.1****:****Bericht des Bürgermeisters - städtebaulicher Vertrag Harksheider Markt****TOP 9.2****:****Bericht des Bürgermeisters - Niederschrift der Fluglärmschutzkommission****TOP 9.3****:****Bericht des Bürgermeisters - Drägerwerke Lübeck****TOP 9.4****:****Anfrage Frau Reinders - Stellungnahme des Bürgermeisters zu RPA - Berichten / Prüfung der Stadtwerke**

## TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 06.09.2004

### **TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende Herr Nicolai eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

### **TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wurde mit 11 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen.

### **TOP 3: Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **TOP 4: B04/0302 Durchführung einer Landesgartenschau**

**Herr Schlichtkrull stellt für die CDU - Fraktion folgenden Änderungsantrag:**  
 "Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgenden Beschluss zu fassen:  
 Die Stadt Norderstedt bewirbt sich um die Ausrichtung einer Landesgartenschau im Jahr 2009 im Bereich des Norderstedter Stadtparks. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Bewerbungsunterlagen zu erarbeiten und dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft vorzulegen.

Grundlage für die Bewerbung sind die Ausführungen im Sachverhalt der Vorlage B 04/0302. Gemäß den Ausschreibungsbedingungen für die Landesgartenschau hat nach Zuschlagserteilung ein offener Ideen- und / oder Realisierungswettbewerb stattzufinden. Erst die Ergebnisse aus dem Wettbewerb definieren die endgültigen Inhalte der Landesgartenschau. Diese bilden die Grundlage für die zu stellenden Förderanträge sowie für die voraussichtlichen Folgekosten.

Das Investitionsvolumen der Landesgartenschau wird auf 12,5 Mio. € begrenzt, wobei die Stadtvertretung allerdings von einem kostengünstigeren Wettbewerbsergebnis ausgeht.

Die Durchführungskosten sind so zu veranschlagen, dass sie sich in vollem Umfang durch Einnahmen refinanzieren.

Der Hauptausschuss ist regelmäßig über den Stand der Bewerbung zu informieren."

Frau Hahn bittet um die Aufstellung, welche Landesgartenschauen für das Jahr 2009 in anderen Bundesländern geplant sind (**Anlage 1** zu Protokoll).

**Herr Matthes stellt für die FDP - Fraktion folgenden Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag der CDU:**

"... Die Verwaltung wird allerdings gebeten, auf ein kostengünstigeres Wettbewerbsergebnis hinzuwirken.

Nach Vorlage der Wettbewerbsergebnisse sind zu allen Investitionen die Folgekosten, die sich nach der Beendigung der LGS für den städtischen Haushalt ergeben würden, zu ermitteln und Refinanzierungsmöglichkeiten durch Erlöse aus Verkauf, Verpachtung oder Betreibermodellen darzustellen.

Die Durchführungskosten sind in vollem Umfang durch Einnahmen zu refinanzieren. ..."

**Herr Schlichtkrull erklärt, dass der Ergänzungsantrag der FDP - Fraktion in den CDU - Antrag teilweise aufgenommen werden soll und es wird folgender gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU sowie FDP zum Beschlussvorschlag formuliert:**

"Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Norderstedt bewirbt sich um die Ausrichtung einer Landesgartenschau im Jahr 2009 im Bereich des Norderstedter Stadtparks. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Bewerbungsunterlagen zu erarbeiten und dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft vorzulegen.

Grundlage für die Bewerbung sind die Ausführungen im Sachverhalt der Vorlage B 04/0302. Gemäß den Ausschreibungsbedingungen für die Landesgartenschau hat nach Zuschlagserteilung ein offener Ideen- und / oder Realisierungswettbewerb stattzufinden. Erst die Ergebnisse aus dem Wettbewerb definieren die endgültigen Inhalte der Landesgartenschau. Diese bilden die Grundlage für die zu stellenden Förderanträge sowie für die voraussichtlichen Folgekosten.

Das Investitionsvolumen der Landesgartenschau wird auf 12,5 Mio. € begrenzt, die Verwaltung wird allerdings gebeten, auf ein kostengünstigeres Wettbewerbsergebnis hinzuwirken.

Nach Vorlage der Wettbewerbsergebnisse sind zu allen Investitionen die Folgekosten, die sich nach der Beendigung der LGS für den städtischen Haushalt ergeben würden, zu ermitteln und Refinanzierungsmöglichkeiten darzustellen.

Die Durchführungskosten sind in vollem Umfang durch Einnahmen zu refinanzieren.

Der Hauptausschuss ist regelmäßig über den Stand der Bewerbung zu informieren."

**Abstimmung zum gemeinsamen Änderungsantrag:  
Bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 3 Enthaltungen angenommen.**

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgenden Beschluss zu fassen:  
Die Stadt Norderstedt bewirbt sich um die Ausrichtung einer Landesgartenschau im Jahr 2009 im Bereich des Norderstedter Stadtparks. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Bewerbungsunterlagen zu erarbeiten und dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft vorzulegen.

Grundlage für die Bewerbung sind die Ausführungen im Sachverhalt der Vorlage B 04/0302. Gemäß den Ausschreibungsbedingungen für die Landesgartenschau hat nach Zuschlagserteilung ein offener Ideen- und / oder Realisierungswettbewerb stattzufinden. Erst die Ergebnisse aus dem Wettbewerb definieren die endgültigen Inhalte der Landesgartenschau. Diese bilden die Grundlage für die zu stellenden Förderanträge sowie für die voraussichtlichen Folgekosten.

Das Investitionsvolumen der Landesgartenschau wird auf 12,5 Mio. € begrenzt, die Verwaltung wird allerdings gebeten, auf ein kostengünstigeres Wettbewerbsergebnis hinzuwirken.

Nach Vorlage der Wettbewerbsergebnisse sind zu allen Investitionen die Folgekosten, die sich nach der Beendigung der LGS für den städtischen Haushalt ergeben würden, zu ermitteln und Refinanzierungsmöglichkeiten darzustellen.

Die Durchführungskosten sind in vollem Umfang durch Einnahmen zu refinanzieren.

Der Hauptausschuss ist regelmäßig über den Stand der Bewerbung zu informieren.

**Abstimmung zur so geänderten Vorlage:  
Die Vorlage wurde mit 7 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.**

**TOP 4.1: M04/0333**

**Beantwortung der Anfrage von Frau Hahn am 23.08.2004**

Beantwortung der Anfrage von Frau Hahn aus dem Hauptausschuss am 23.08.2004

Unter Punkt 5 stellte Frau Hahn folgende Anfrage:

1. Eine schriftliche Ausarbeitung der Verwaltung Pro und Contra

Beantwortung zu 1:

Eine schriftliche Ausarbeitung und Bewertung liegt in Form der Beschlussvorlage B04/0302 vor.

2. Auflistung aller investiven Maßnahmen des Investitionshaushaltes bis 2010 ohne Landesgartenschau

Beantwortung zu 2.:

Eine Auflistung aller geplanten investiven Maßnahmen ist dem von der Stadtvertretung beschlossenen Haushalt (2004/2005) sowie dem Investitionsprogramm (2006-2008) zu entnehmen. Für die Jahre 2009 und 2010 gibt es gem. GemHVO keine Festlegungen.

3. Auflistung aller erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2010 ohne Landesgartenschau

Beantwortung zu 3.:

Siehe Beantwortung zu Ziff. 2

4. Gewichtung des Finanzrisikos  
Hier LDC, WilhelmTel, Städtebauförderung, TriBühne, Straßenbauprojekte. Wie wirkt sich ein weiteres Großprojekt auf den städtischen Haushalt aus?

Beantwortung zu 4.:

Zu den genannten Bereichen (LDC etc.) erfolgen regelmäßige Informationen in den zuständigen Gremien. Ein "weiteres Großprojekt" wirkt sich dann auf den städtischen Haushalt aus, wenn damit Einnahmen oder Ausgaben verbunden sind; diese sind dann für das jeweilige Jahr im Haushalt zu veranschlagen.

5. Wann und in welcher Form werden in einer öffentlichen Veranstaltung die Bürgerinnen und Bürger eingebunden (Forderung des Landes)?

Beantwortung zu 5.:

Die Bürgerinnen und Bürger werden in mehreren öffentlichen Veranstaltungen beteiligt. Die genaue Konzeption dieser Veranstaltung ist für die Bewerbungsunterlagen aufzubereiten.

6. Wann, wie und in welcher Form werden die Stadtparkseen in das Eigentum / Besitz der Stadt übergehen?

Beantwortung zu 6.:

Die Stadtparkseen befinden sich im Eigentum der Stadt; Die Nutzung des südlichen Sees ist durch bestehende Verträge eingeschränkt. Nach Ablauf der Nutzungsverträge ist der See der Stadt geräumt und rekultiviert zu übergeben.

7. Wie und in welcher Höhe werden die Entschädigungsansprüche seitens der Berechtigten abgegolten?

Beantwortung zu 7.:

Zur Zeit bestehen keine Entschädigungsansprüche.

8. Wie hoch werden die laufenden Kosten und die Rückbaukosten kalkuliert?

Beantwortung zu 8.:

Eine detaillierte Kalkulation ist zum jetzigen Zeitpunkt naturgemäß nicht möglich. Diese ist Bestandteil des Architektenwettbewerbs und kann erst dann ermittelt werden.

9. Wie hoch sind die weiteren Folgekosten wie Bauunterhaltung, Personalkosten, Auslaufen der Durchführungsgesellschaft?

Beantwortung zu 9.:

Siehe Beantwortung zu Ziff. 8

10. Gibt es bereits Pläne, das Gelände einer weiteren Bebauung (Hotel, Ferienhausgebiet, Sportstätten, Seniorenresidenz zuzuführen?)

Beantwortung zu 10.:  
Nein.

11. Nach den Bewerbungsunterlagen soll die Durchführungszeit auf 6 Monate begrenzt sein. Wie wirkt sich dies auf die Eintrittspreise aus?

Beantwortung zu 11:  
Die Dauer der Durchführungszeit wirkt sich nicht auf die Eintrittspreise aus.

## **TOP 5:**

### **Besprechungspunkt Gesellschaftsverträge, hier: Aufsichtsräte Nachbenennung / Umbesetzung**

Die Aufsichtsräte der Gesellschaften sollen auf der nächsten Sitzung des Hauptausschusses (20.09.2004) nachbesetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Nicolai regt an, dass sich die Fraktionen auf den jeweiligen Klausurtagungen mit dem Thema Gesellschaftsverträge beschäftigen, um zum Jahresende eine Anpassung der Gesellschaftsverträge durchzuführen. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zu fertigen.

Über dieses Verfahren besteht Einvernehmen im Hauptausschuss.

## **TOP 6:**

### **Berichte und Anfragen - öffentlich**

#### **TOP 6.1: M04/0312**

#### **Jüdische Gemeinde Bad Segeberg e.V.**

Die im Jahre 2002 neu gegründete jüdische Gemeinde Bad Segeberg e.V. hat mit Schreiben vom 18. Januar 2004 alle Städte im Kreis Segeberg, u.a. auch die Stadt Norderstedt, um finanzielle Unterstützung für den Aufbau des Gemeindezentrums in Bad Segeberg ersucht.

Die Arbeitsgemeinschaft der kreisangehörigen Städte im Städtebund Schleswig-Holstein, Kreisgruppe Segeberg, hatte daraufhin den Kreis Segeberg gebeten, der Jüdischen Gemeinde Bad Segeberg e.V. einen Zuschuss in Höhe von 100.000 € aus dem Kreisfond zum Aufbau eines Gemeindezentrums zu gewähren. Hierüber wurde bereits mehrfach im Hauptausschuss berichtet.

Dieser Vorschlag wurde durch Beschluss des Hauptausschusses des Kreises Segeberg abgelehnt. Eine finanzielle Unterstützung erfolgt somit nicht.

Hintergrund:

Die jüdische Gemeinde Bad Segeberg e.V. wurde am 17. Februar 2002 gegründet und ist mit seinen ca. 140 Mitgliedern Mitglied der Union Progressiver Juden Deutschlands. Neben Bad Segeberg kommen die Mitglieder des Vereins auch aus vielen anderen Städten und Gemeinden des Kreises Segeberg.

Die Jüdische Gemeinde Bad Segeberg ist Mitbegründer des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins e.V., dessen Sitz ebenfalls Bad Segeberg ist.

Zum Aufbau eines Gemeindezentrums hat die Stadt Bad Segeberg im Mai 2003 der Jüdischen Gemeinde ein etwa 3.300 qm großes Grundstück samt eines älteren Gebäudekomplexes zu einem symbolischen Preis von 1,00 € überlassen.

Dieses Gemeindezentrum soll mit Synagoge, rituellem Tauchbad, Bücherei und jüdischem Kindergarten neuer Mittelpunkt des jüdischen Lebens im Kreis Segeberg werden. Auch wurde der erste jüdische Sportverein in Schleswig-Holstein am 12.04.2004 aus jüdischen und nichtjüdischen Sportlern gegründet.

Die Sanierungskosten für das entstehende Gemeindezentrum belaufen sich voraussichtlich auf ca. 1,5 Mio. € wobei hiervon ca. 700.000 € im ersten Bauabschnitt anfallen. Die Jüdische Gemeinde Bad Segeberg bat daher um eine finanzielle Unterstützung.

#### **TOP 6.2: M04/0314**

#### **Frauenparkplätze Rathaus Tiefgarage, hier: Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.08.2004**

Frau Hahn fragt an, in wessen Zuständigkeit die Tiefgarage unter dem Rathaus fällt und wer über die Einrichtung sowie die Lage der Frauenparkplätze entschieden hat (außerhalb des "internen" Bereiches, Videoüberwachung usw.).

Das Amt für Gebäudewirtschaft ist zuständig für die Tiefgarage unter dem Rathaus.

Die Garagenverordnung besagt, dass mindestens 10 % der Garageneinstellplätze für Frauen ausgewiesen werden müssen.

Diese Plätze sollen im Bereich der Zufahrt angeordnet werden. Aus diesem Grunde wurde der jetzige Standort der Frauenparkplätze festgelegt.

Es gab auch zu Bedenken, dass im Winter das automatische Schiebetor den "internen" Bereich abschließt und somit ein "gefangener und unübersichtlicher" Bereich entsteht.

Eine spätere Überwachung mit Videokameras ist am jetzigen Standort auch günstiger als im "internen" Bereich. Es müssten im "internen" Bereich wesentlich mehr Kameras installiert werden, um alle Ecken und Winkel zu erfassen.

#### **TOP 6.3:**

#### **Bericht des Bürgermeisters - Modellversuch große kreisangehörige Stadt**

Herr Bürgermeister Grote berichtet, dass sich der Vorstand des Städteverbandes in seiner Sitzung am 30.08.2004 für einen Modellversuch "Große kreisangehörige Stadt" ausgesprochen hat.

Als Modellstädte werden Elmshorn (Kreis Pinneberg) und Norderstedt (Kreis Segeberg) favorisiert (**s. Anlage 2**).

Das Beschlusspapier wurde zwischenzeitlich dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und der CDU - Landtagsfraktion vom Städteverband zur Verfügung gestellt.

#### **TOP 6.4:**

#### **Bericht der Stadtpräsidentin - Verleihung der Bürgermedaille**

Frau Stadtpräsidentin Paschen erinnert an die Vergabe der Bürgermedaille vor der Sitzung der kommenden Sitzung der Stadtvertretung am 14.09.2004, 18.30 Uhr und bittet um entsprechende Teilnahme.

Der Vorsitzende Herr Nicolai schließt die Öffentlichkeit aus.